

Stand: 20.04.2026 06:28:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/21638

"Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik - ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine aus Bayern heraus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/21638 vom 09.03.2022
2. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 10.03.2022
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22477 des BU vom 29.03.2022
4. Beschluss des Plenums 18/22638 vom 11.05.2022
5. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 11.05.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Tobias Gotthardt, Alexander Hold, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Martin Huber, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger und **Fraktion (CSU)**

Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik – ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine aus Bayern heraus

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Staatsregierung und der Landtag angesichts des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine und der damit verbundenen, eklatanten Verletzung internationalen Rechts die bestehenden bayerisch-russischen Beziehungen unter anderem mit der Stadt Moskau sowie die in diesem Zusammenhang bestehenden Kooperationen vor allem mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Spitzentechnologien aussetzen bzw. einstellen werden, um neben den Sanktionen auf europäischer und globaler Ebene auch aus Bayern heraus ein klares Signal der Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik zu senden. Der Ukraine und dem ukrainischen Volk gilt in dieser schweren Stunde die uneingeschränkte Solidarität und Hilfsbereitschaft Bayerns. Gleichzeitig gilt es auf internationaler Ebene Gesprächskanäle offen zu halten, um eine diplomatische Lösung zu finden. Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund ausdrücklich das von der Staatsregierung beschlossene Maßnahmenpaket mit dem Dreiklang „Humanität, Wirtschaft und Sicherheit“ als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und seiner Bevölkerung, die gegen ihren Willen in einen Krieg verwickelt wurden.

Der Landtag betont, dass den Menschen vor Ort sowie den ukrainischen Bürgern und Bürgerinnen, die sich auf der Flucht vor dem Krieg in ihrer Heimat in die Nachbarländer der Ukraine und in andere europäische Länder befinden, schnellstmöglich und auf unbürokratischem Wege humanitäre Hilfe in allen EU-Mitgliedstaaten geleistet werden muss. Auch der Freistaat wird seinen Beitrag leisten, um Flüchtlingen aus der Ukraine eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Versorgung zu gewährleisten.

Der Landtag begrüßt insoweit die erzielte Einigung der EU-Innenminister zur Aktivierung der sog. Massenzustrom-Richtlinie, um den geflüchteten Menschen aus der Ukraine einen schnellen und unbürokratischen Schutz ohne langwieriges Asylverfahren zu ermöglichen. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine können hierdurch eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) für ein Jahr sowie eine Arbeitserlaubnis erhalten und sind leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Gerade mit Blick auf die hervorragende Qualifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verteilung nach Königsteiner Schlüssel in den Ländern und für eine unbürokratische Integration der Geflüchteten ohne langwierige Einzelfallprüfung in den Arbeitsmarkt einzusetzen. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, bei der Unterbringung

von Geflüchteten aus der Ukraine auch die besonderen Belange von vulnerablen Gruppen zu berücksichtigen. Zudem ist für die Unterbringung der Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten, die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Schulen sowie die Aufnahme junger geflüchteter Erwachsener auch in den Hochschulbereich Sorge zu tragen.

Gerade den Kommunen wird bei der Unterbringung und Versorgung der nach Bayern kommenden Menschen aus der Ukraine eine entscheidende Rolle zukommen. Der Landtag dankt allen Kommunen, die solidarisch ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine erklärt haben. Um die Kommunen bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe angemessen zu unterstützen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Mehrkosten für die Länder wie auch für die Kommunen infolge der Unterbringung, Versorgung und allgemeinen Unterstützung der aus der Ukraine Flüchtenden im Rahmen der Bundesbeteiligung an den Asyl- und Integrationskosten vollständig ersetzt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch den Blick auf die Menschen vor Ort in der Ukraine und die vielfältigen bayerisch-ukrainischen Beziehungen, die von wirtschaftlichen Beziehungen über kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme bis hin zu Städtepartnerschaften und einem eigenem Büro des Freistaates in der Ukraine reichen, zu richten. Diese sollen seitens der Staatsregierung zwingend fortgeführt werden, um die Brücken, die die Ukraine in Richtung Europa geschlagen hat, aufrechtzuerhalten und das erhebliche Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern – unter anderem auch im energiepolitischen Bereich – weiter zu nutzen.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang angesichts des russischen Angriffs seine bestehenden Kooperationen mit der Moskauer Gebietsduma und der Duma der Stadt Moskau ebenfalls auszusetzen bzw. einzustellen.

Darüber hinaus bedankt sich der Landtag bei allen bayerischen Bürgerinnen und Bürger für ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und ihre Spendenbereitschaft sowie bei allen Hilfsorganisationen für ihre karitative Unterstützung.

Begründung:

Der Freistaat unterhält zu Russland vielfältige Beziehungen. Angesichts der russischen Aggression gegenüber der Ukraine und des nunmehr erfolgten Angriffs russischer Truppen hat der Ministerrat in seiner Sitzung am 2. März 2022 beschlossen, diese bayerisch-russischen Beziehungen insbesondere zur Stadt Moskau und die in diesem Zusammenhang bestehenden Kooperationen vor allem mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Spitzentechnologien auszusetzen bzw. einzustellen. Neben den Sanktionen auf globaler und europäischer Ebene setzt der Freistaat damit ein deutliches Zeichen der Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik und dem damit verbundenen Bruch internationalen Rechts aus Bayern heraus. Gleichzeitig stellt sich der Freistaat in dieser dunklen Stunde für die Ukraine und ihre Bevölkerung, aber auch für ganz Europa solidarisch an die Seite der Ukraine. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket im Dreiklang „Humanität, Wirtschaft und Sicherheit“ wird der Freistaat den Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Bayern begegnen und gleichzeitig ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und seiner Bevölkerung, die gegen ihren Willen in einen Krieg verwickelt wurden, setzen. Den Menschen vor Ort sowie den ukrainischen Bürgerinnen und Bürger, die sich auf der Flucht vor dem Krieg in ihrer Heimat in die Nachbarländer der Ukraine und in andere europäische Länder befinden, muss schnellstmöglich und auf unbürokratischem Wege humanitäre Hilfe geleistet werden. Der Freistaat trifft hierzu entsprechende Vorkehrungen, um Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Versorgung in Bayern zu ermöglichen. Die erzielte Einigung der EU-Innenminister zur Aktivierung der sog. Massenzustrom-Richtlinie ist vor diesem Hintergrund ausdrücklich zu begrüßen, da sie eine unbürokratische und schnelle Aufnahme der aus der Ukraine geflüchteten Menschen ermöglicht. Bei der Unterbringung sind insbesondere auch die Belange von vulnerablen Gruppen in den Blick zu nehmen und angemessen zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist für die Unterbringung der Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten,

die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Schulen sowie die Aufnahme junger geflüchteter Erwachsener auch in den Hochschulbereich Sorge zu tragen. Gerade den Kommunen wird bei der Unterbringung und Versorgung der nach Bayern kommenden Menschen aus der Ukraine eine entscheidende Rolle zukommen. Der Landtag dankt allen Kommunen, die solidarisch ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine erklärt haben. Um diese bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe angemessen zu unterstützen, sind die Mehrkosten sowohl für die Länder als auch für die Kommunen infolge der Unterbringung, Versorgung und allgemeinen Unterstützung der aus der Ukraine Flüchtenden im Rahmen der Bundesbeteiligung an den Asyl- und Integrationskosten vollständig zu ersetzen. Es gilt aber auch den Blick auf die Menschen vor Ort in der Ukraine und die vielfältigen bayerisch-ukrainischen Beziehungen, die von wirtschaftlichen Beziehungen über kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme bis hin zu Städtepartnerschaften und einem eigenen Büro des Freistaates in der Ukraine reichen, zu richten. Diese sind seitens der Staatsregierung zwingend fortzuführen, um die Brücken, die die Ukraine in Richtung Europa geschlagen hat, aufrechtzuerhalten und das erhebliche Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern – unter anderem auch im energiepolitischen Bereich – weiter zu nutzen. Auch der Landtag hat angesichts des Krieges in der Ukraine seine bestehenden Kooperationen mit der Moskauer Gebietsduma und der Duma der Stadt Moskau bis auf Weiteres eingestellt. Die Welle der Hilfsbereitschaft für die Ukraine ist auch unter den bayerischen Bürgerinnen und Bürger groß. Der Landtag bedankt sich bei allen bayerischen Bürgerinnen und Bürger für ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und ihre Spendenbereitschaft sowie bei allen Hilfsorganisationen für ihre karitative Unterstützung.

zinger. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt, dass die nicht behandelten Dringlichkeitsanträge damit in die Ausschüsse verwiesen werden. Das betrifft die Anträge auf den Drucksachen 18/21638, 18/21639, 18/21711, 18/21640, 18/21641, 18/21712 sowie 18/21642.

Ich bedanke mich für die intensive Diskussion und wünsche einen ruhigen Nachhauseweg.

(Schluss: 17:54 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Drs. 18/21638

Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik - ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine aus Bayern heraus

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass

1. im Betreff die Wörter „der russischen“ durch das Wort „Putin“ ersetzt werden;
2. im vorletzten Absatz der Satz „Der Landtag dankt allen Russinnen und Russen, die im In- und Ausland ihre Stimme gegen diesen Krieg erheben und vor allem auch in Russland unter Einsatz ihres Lebens gegen den völkerrechtswidrigen Krieg protestieren.“ angefügt wird.

Berichterstatter: **Tobias Gotthardt**
Mitberichterstatterin: **Anne Franke**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 29. März 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Enthaltung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Tobias Gotthardt, Alexander Hold, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Martin Huber, Alex Dorow, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Franz Rieger und Fraktion (CSU)

Drs. 18/21638, 18/22477

Null-Toleranz gegenüber Putins Aggressionspolitik – ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine aus Bayern heraus

Der Landtag begrüßt, dass die Staatsregierung und der Landtag angesichts des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine und der damit verbundenen, eklatanten Verletzung internationalen Rechts die bestehenden bayerisch-russischen Beziehungen unter anderem mit der Stadt Moskau sowie die in diesem Zusammenhang bestehenden Kooperationen vor allem mit wissenschaftlichen Einrichtungen im Bereich der Spitzentechnologien aussetzen bzw. einstellen werden, um neben den Sanktionen auf europäischer und globaler Ebene auch aus Bayern heraus ein klares Signal der Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik zu senden. Der Ukraine und dem ukrainischen Volk gilt in dieser schweren Stunde die uneingeschränkte Solidarität und Hilfsbereitschaft Bayerns. Gleichzeitig gilt es auf internationaler Ebene Gesprächskanäle offen zu halten, um eine diplomatische Lösung zu finden. Der Landtag unterstützt vor diesem Hintergrund ausdrücklich das von der Staatsregierung beschlossene Maßnahmenpaket mit dem Dreiklang „Humanität, Wirtschaft und Sicherheit“ als Zeichen der Solidarität mit der Ukraine und seiner Bevölkerung, die gegen ihren Willen in einen Krieg verwickelt wurden.

Der Landtag betont, dass den Menschen vor Ort sowie den ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern, die sich auf der Flucht vor dem Krieg in ihrer Heimat in die Nachbarländer der Ukraine und in andere europäische Länder befinden, schnellstmöglich und auf unbürokratischem Wege humanitäre Hilfe in allen EU-Mitgliedstaaten geleistet werden muss. Auch der Freistaat wird seinen Beitrag leisten, um Flüchtlingen aus der Ukraine eine menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Versorgung zu gewährleisten.

Der Landtag begrüßt insoweit die erzielte Einigung der EU-Innenminister zur Aktivierung der sog. Massenzustrom-Richtlinie, um den geflüchteten Menschen aus der Ukraine einen schnellen und unbürokratischen Schutz ohne langwieriges Asylverfahren zu ermöglichen. Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine können hierdurch eine Aufenthaltser-

laubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) für ein Jahr sowie eine Arbeitserlaubnis erhalten und sind leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Gerade mit Blick auf die hervorragende Qualifizierung von Flüchtlingen aus der Ukraine wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine Verteilung nach Königsteiner Schlüssel in den Ländern und für eine unbürokratische Integration der Geflüchteten ohne langwierige Einzelfallprüfung in den Arbeitsmarkt einzusetzen. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, bei der Unterbringung von Geflüchteten aus der Ukraine auch die besonderen Belange von vulnerablen Gruppen zu berücksichtigen. Zudem ist für die Unterbringung der Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten, die Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Schulen sowie die Aufnahme junger geflüchteter Erwachsener auch in den Hochschulbereich Sorge zu tragen.

Gerade den Kommunen wird bei der Unterbringung und Versorgung der nach Bayern kommenden Menschen aus der Ukraine eine entscheidende Rolle zukommen. Der Landtag dankt allen Kommunen, die solidarisch ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine erklärt haben. Um die Kommunen bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe angemessen zu unterstützen, wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Mehrkosten für die Länder wie auch für die Kommunen infolge der Unterbringung, Versorgung und allgemeinen Unterstützung der aus der Ukraine Flüchtenden im Rahmen der Bundesbeteiligung an den Asyl- und Integrationskosten vollständig ersetzt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch den Blick auf die Menschen vor Ort in der Ukraine und die vielfältigen bayerisch-ukrainischen Beziehungen, die von wirtschaftlichen Beziehungen über kulturelle und wissenschaftliche Austauschprogramme bis hin zu Städtepartnerschaften und einem eigenen Büro des Freistaates in der Ukraine reichen, zu richten. Diese sollen seitens der Staatsregierung zwingend fortgeführt werden, um die Brücken, die die Ukraine in Richtung Europa geschlagen hat, aufrechtzuerhalten und das erhebliche Potenzial für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern – unter anderem auch im energiepolitischen Bereich – weiter zu nutzen.

Der Landtag bekräftigt in diesem Zusammenhang angesichts des russischen Angriffs seine bestehenden Kooperationen mit der Moskauer Gebietsduma und der Duma der Stadt Moskau ebenfalls auszusetzen bzw. einzustellen. Der Landtag dankt allen Russinnen und Russen, die im In- und Ausland ihre Stimme gegen diesen Krieg erheben und vor allem auch in Russland unter Einsatz ihres Lebens gegen den völkerrechtswidrigen Krieg protestieren.

Darüber hinaus bedankt sich der Landtag bei allen bayerischen Bürgerinnen und Bürgern für ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und ihre Spendenbereitschaft sowie bei allen Hilfsorganisationen für ihre karitative Unterstützung.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Votums bzw. des Votums seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die Abgeordneten Markus Bayerbach (fraktionslos), Christian Klingen (fraktionslos) und Raimund Swoboda (fraktionslos). Ist noch einer da?

(Unruhe)

Nein. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Kooperationsvereinbarungen zu Promotorinnen und Promotoren für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung an bayerischen Schulen
 Drs. 18/19865, 18/22506 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag des Abgeordneten Richard Graupner AfD
 Betriebslaufzeit des ANKER-Zentrums Geldersheim fristgerecht beenden!
 Drs. 18/21171, 18/22526 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualität in der Personalverwaltung garantieren!
Drs. 18/21312, 18/22528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auch im dritten Corona-Schuljahr Druck rausnehmen –
Abitur verschieben!
Drs. 18/21318, 18/22507 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Auch im dritten Corona-Schuljahr Druck rausnehmen – Übertrittsverfahren
2022 der Lern- und Lebenssituation der Viertklässlerinnen und -klässler
anpassen!
Drs. 18/21319, 18/22508 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Situation der unterirdischen Gasspeicherung in Bayern
Drs. 18/21322, 18/22512

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

7. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. SPD
#kitasamlimit – Rahmenbedingungen endlich verbessern, Kita-Personal in Pandemie entlasten!
Drs. 18/21324, 18/22456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Eric Beißwenger, Sandro Kirchner u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wärmewende: Umstieg von fossilen auf erneuerbare Gase im Erdgasnetz, Förderung innovativer Ansätze durch den Einsatz von Mikroorganismen
Drs. 18/21381, 18/22513 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Innovatives Bauen mit Holz auch über 2022 hinaus fördern
Drs. 18/21513, 18/22442 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr u.a. SPD
Völkerrechtswidriger Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine – was tut Bayern gegen die russischen Kriegstreiber?
Drs. 18/21553, 18/22501 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Null-Toleranz gegenüber der russischen Aggressionspolitik – ein Zeichen der Solidarität mit der Ukraine aus Bayern heraus
Drs. 18/21638, 18/22477 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Margit Wild u.a. SPD
Sofortprogramm für geflüchtete ukrainische Künstlerinnen und Künstler
Drs. 18/21649, 18/22517 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn u.a. SPD
Wissenschaftsbrücke für Studierende und Forschende aus der Ukraine
Drs. 18/21650, 18/22529 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Düngemittelverordnung aussetzen, Lebensmittelsicherheit gewährleisten
Drs. 18/21652, 18/22443 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern hilft: Stimmen Kulturschaffender in Not aus der Ukraine, Belarus und Russland hören und unterstützen
Drs. 18/21653, 18/22518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Reform der Berufsintegrationsklassen
Drs. 18/21692, 18/22509 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische Staatsgüter für Landwirtschaft für die Zukunft ausrichten
Drs. 18/21696, 18/22444 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
Durchführung einer Anhörung zum Thema „Rechtsextremismus in der EU: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien“
Drs. 18/21724, 18/22478 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kulturprogramm „Lesja Ukrajinka“ prüfen:
Zusammenarbeit bei Denkmalschutz, Kunst und Kultur
Drs. 18/21753, 18/22530 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Finanzierung der grenzüberschreitenden
Zusammenarbeit mit Tschechien und der Sicherstellung der Finanzierung
der EUREGIOS
Drs. 18/21820, 18/22479 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Bernhard Seidenath, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Beteiligung an der Vorbereitung des
Kommissionsarbeitsprogramms 2023
Drs. 18/22527, 18/22555

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.